

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 09 1. Mai 1996

→ **Erfolgreiche „Nationale Allianz“** Seite 2

Die ehemaligen italienischen Neofaschisten wollen sich als rechtskonservative, demokratische Partei profilieren. Zweifel an dem tatsächlichen Gesinnungswandel bleiben jedoch.

→ **Entlastung Hitler** Seite 3

Erneut versuchen rechte Geschichtsschreiber, den deutschen Angriff auf die Sowjetunion umzudeuten. BNR zeigt auf, daß diese Autoren aktiv mit dem ultrarechten bis rechtsextremistischen Lager verbunden sind.

→ **BNR-Interview** Seite 6

Klaus Naumann vom Hamburger Institut für Sozialforschung hat die Berichterstattung von 200 deutschen Zeitungen zum Gedenkjahr 1995 analysiert. Wie er gegenüber „blick nach rechts“ anführte, überwog eher die Tendenz, die Deutschen nach dem achten Mai als Opfer zu sehen.

→ **Wiesenthal half, Eichmann zu fangen** Seite 8

Die unselige Kampagne des Magazins „Panorama“ gegen Simon Wiesenthal ist gründlich danebengegangen. Es gibt erstrangige Belege, die die Verdienste Wiesenthals bei der Verfolgung von Nazi-Verbrechern dokumentieren.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Erfolgreiche Rechte in Italien:

Nationale Allianz voran

Zur erneuten Regierungsbeteiligung bzw. Übernahme hat es zwar nicht gereicht, aber immerhin konnten die gewendeten italienischen Neofaschisten ihre Position als bedeutende Kraft in der italienischen Parteienlandschaft ausbauen. Bei den Wahlen zum italienischen Parlament platzierte sich die „Alleanza Nazionale“ (AN) des Gianfranco Fini mit 15,7 Prozent (1994: 13,5) als drittstärkste Partei hinter PDS (mit 21,1 Prozent die relativ meisten Stimmen) und Forza Italia (20,6 Prozent). Umfragen vergangener Monate hatten der AN gar einen Stimmenanteil von über 20 Prozent und eine mögliche Überrundung Berlusconi und damit die Führung des Rechtsbündnisses im Falle des Wahlsieges prognostiziert. Durch den Wahlsieg der Linken wurde dieses unschöne Szenario glücklicherweise in das Reich der Fabeln verwiesen. Als wählbare Rechtspartei scheint sich die Fini-Partei jedoch etabliert zu haben..

Die in „Nationale Allianz“ umbenannten ehemaligen Neofaschisten (vorher: „Movimento Sociale Italiano/Destra Nazionale“ >MSI/DN<) waren seit ihrer Gründung im Jahre 1946 - als Nachfolgeorganisation der verbotenen faschistischen Partei - kontinuierlich im italienischen Abgeordnetenhaus vertreten. Parlamentarisch kam ihnen allerdings wenig Bedeutung zu, die Wählerbasis lag zwischen fünf und sieben Prozent - mit einer Ausnahme bei den Parlamentswahlen von 1972 mit neun Prozent. Die italienischen Neofaschisten waren die erste Rechtspartei, die 1979 mit vier Mandatarien (5,9 Prozent) in das Europäische Parlament Einzug hielt. Bei den Wahlen von 1984 verbesserten sie ihr Ergebnis auf fünf Sitze (6,5 Prozent), 1989 wieder vier Sitze (5,5 Prozent). 1994 gelang ihnen dann der große Durchbruch: Mit einem Ergebnis von 13,5 Prozent bei den italienischen Parlamentswahlen im März wurden die Postfaschisten im Wahlbündnis mit der Forza Italia des Medienzaren Silvio Berlusconi und der Lega Nord des Umberto Bossi zum ersten Mal an der Regierung beteiligt und stellten fünf Minister bis Ende 1994. Die im Juni desselben Jahres folgenden Europawahlen brachten dem seit Anfang 1994 in das Wahlbündnis „Alleanza Nazionale“ überführ-

ten MSI 12,5 Prozent und elf Abgeordnete im Europäischen Parlament.

Neues Parteiprofil

Praktisch seit Gründung des MSI bestand die Kluft zwischen der radikalen revolutionären Rechten (Anhänger Mussolinis) und der eher bürgerlich konservativen Rechten. Schon der langjährige Führer und Motor des MSI, Giorgio Almirante (1988 verstorben, einstiger Mitstreiter Mussolinis, hatte versucht, der neofaschistischen Partei einen für das bürgerliche Lager vorzeigbaren Anstrich zu verpassen. Der von Almirante protegierte Nachfolger Fini, der 1971 dem MSI beigetreten ist und 1987 den Parteivorsitz übernahm, verfolgte diese Strategie zielstrebig weiter. Das von dem telegenen Lehrer und Journalisten Fini eingeläutete Wendemanöver der neofaschistischen Partei gipfelte schließlich in der Einmündung des MSI in die „Nationale Allianz“.

Die im Januar 1995 offiziell gegründete MSI-Nachfolgeorganisation „Alleanza Nazionale“ hat sich ein neues Profil verordnet und auch die Abkehr von der Vergangenheit eingeleitet. So bekennt sie sich heute zum Antifaschismus als einen Wert, der Italien die Freiheit zurückgegeben hat und verurteilt jegliche Form des Antisemitismus, der „die schlimmste Form der Intoleranz während des Zweiten Weltkriegs“ gewesen sei. Der MSI-Rechtsaußen Pino Rauti, zeitweilig selbst MSI-Führer, hat sich mit einer Schar von rechtsextremen Anhängern abgespalten und in der „Fiamma Tricolore“ neu organisiert, die bei den jüngsten Parlamentswahlen immerhin einen Achtungserfolg von 0,9 Prozent für das Abgeordnetenhaus und mit 2,3 Prozent sogar einen Sitz im römischen Senat erringen konnte. Allerdings heißt es aber auch, daß rund 30 Prozent der AN-Mitgliedschaft noch aus rechtsextremen Hardlinern besteht, eine Größenordnung, die, legt man den für 1994 geschätzten MSI-Mitgliederstand von 250.000 zugrunde, dem rechtsextremistischen und neonazistischen Potential in der Bundesrepublik entsprechen dürfte.

Da passieren gelegentlich auch rechte Ausrutscher. Beispielsweise demonstrierten im August 1994 mehrere hundert MSI-Anhänger auf der Beerdigung des MSI-Funktionärs Carlo Tassi im norditalienischen Placenza in Schwarzhemden und mit den Fahnen der faschistischen Republik. Es

liegt erst zwei Jahre zurück, daß NA-Abgeordnete im römischen Parlament einen Antrag auf Aufhebung des Verfassungsartikels, der den Wiederaufbau der 1945 aufgelösten faschistischen Partei Mussolinis verbietet, einbrachten; der Antrag wurde dann auf Veranlassung Finis wieder zurückgezogen. Vor vier Jahren ist Fini selbst noch mit 50.000 Anhängern vor den ehemaligen Amtssitz Mussolinis gezogen, noch 1994 bezeichnete er den Duce als den größten Staatsmann des Jahrhunderts und betonte, daß es „Phasen gibt, in denen Freiheit nicht zu den vorrangigen Werten gehört“. Skepsis an dem tatsächlichen Wandel zeigte auch der Turiner „La Stampa“ im Januar 1995: „Von Fini und seinen Gefolgsleuten verlangen wir endlich einen konkreten Nachweis demokratischen Handelns. Die große Zahl ihrer Anhänger und Verbündeten allein kann nicht reichen. Uns beruhigt die Schar der braven Bürger nicht, die den Refrain >Gott, Vaterland und Familie< vorbetet und eine >Anständigkeit< verewigen will, die den Weg zu neuen Formen eines schleichenden Faschismus, eines dumpfen Opportunismus und resignierter Untätigkeit öffnet.“

Gabriele Nandlinger

Einzelergebnisse:

Überdurchschnittlich abgeschnitten bei den Wahlen vom 21. April hat die „Alleanza Nazionale“ in folgenden italienischen Regionen (dahinter in Klammern die Parlamentswahlen von 1994):

Toscana: 15,8 % (10,9); Umbria: 19,9 % (16,3); Marche: 16,3 % (15,7); Lazio 1: 30,9 % (26,0); Lazio 2: 23,5 % (23,2); Molise: 18,7 % (19,1); Abruzzo: 21,2 % (20,8); Campania 1: 18,1 % (19,1); Campania 2: 19,4 % (21,6); Calabria: 23,4 % (17,2); Puglia: 17,9 % (26,5); Sicilia 2: 18,3 % (16,7) und Sardegna: 18,4 % (12,1).

In den italienischen Großstädten holte die AN ihr bestes Wahlergebnis in Rom mit 31,4 % (27,0); überdurchschnittliche Stimmenanteile erhielt die AN noch in weiteren Städten: Triest 23,7 % (21,7), Bologna 15,8 (12,5), Florenz 16,8 (11,3), Neapel 20,5 % (21,1), Bari 22,7 % (34,7), Palermo 15,8 (9,3) und Cagliari 23,9 % (16,9).

Die rechte MSI-Abspaltung „Fiamma Tricolore“ erzielte ihre besten Ergebnisse in den Regionen Molise, Abruzzo und Basilicata mit 2,8, 2,2 und 2 Prozent.

(Quelle: Corriere della Sera, La Repubblica v.23.4.1996)

Präventivschlag oder Überfall?:

Hitlers Entlastungs- zeugen

Die Diskussion über die sogenannte „Präventivschlagsthese“ ist wieder aufgelebt. Rechte Historiker versuchen mit neuen Veröffentlichungen darzulegen, daß Hitler mit dem Überfall auf die Sowjetunion einem drohenden Angriff Stalins nur zuvorgekommen sei. In rechten und rechtsextremen Kreisen werden die neuen Erkenntnisse dieser „Militärgeschichtsforschung“ mit Wohlwollen aufgenommen.

In der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), einem Ferment für eine neue Synthese aus rechtskonservativen und rechtsextremen Kräften, bejubelte Alfred Schickel, Leiter der umstrittenen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“, im vergangenen März, daß unter den Historikern ein „Streit“ über die Frage ausgebrochen sei, ob der deutsche Angriff auf die Sowjetunion ein Präventivschlag oder ein Überfall sei. „Geschichtsforscher“ wie Joachim Hoffmann, Ernst Topitsch, Heinz Magenheimer und Walter Post, setzen, so Schickel, hinter die „Opfer-Rolle“ Stalins ein „kräftiges Fragezeichen“. Wer dies anzweifelt, wird von Schickel als „>Volkspädagoge<“ und „zeitverhafteter Publizist“ diffamiert.

Die Akteure dieser Entlastungsgeschichtsschreibung sind aktiv mit ultrarechten bis rechtsextremistischen Kreisen verbunden, wie im folgenden dargestellt wird:

Im Herbst letzten Jahres fanden in Albeck (Sirnitz) die 4. Kulturtage des „Kulturwerkes Österreich“, Landesgruppe Kärnten, statt. Das „Kärntner Kulturwerk“, 1992 als Abspaltung vom „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) gegründet, zählt zu jenen rechtsextremen Vereinen, die unter dem Deckmantel der Legalität agieren und eine bedeutende Rolle als Vorfeld- und Umfeldorganisationen der NS-orientierten Szene spielen. Zu der Veranstaltung, für die u.a. in rechtsextremen Zeitungen und Zeitschriften wie „Recht+Wahrheit“, „Eckartbote“, „Fakten“ und „Nation+Europa“ geworben wurde, fanden sich überwiegend hochbetagte Kameraden samt Ehegattinnen aus der

Bundesrepublik und Österreich ein. Die Referenten waren dem Großteil der Teilnehmer/innen seit Jahrzehnten persönlich bekannt; so etwa die abgehalfterten Politiker Johanna Grund und Emil Schlee (beide gehörten einst der rechten Garde der „Republikaner“ an) oder der Nazi-Kampfflieger Hajo Herrmann, einer der höchstdekorierten Jagd- und Kampfflieger des II. Weltkrieges und als Rechtsanwalt für die Holocaust-Leugner David Irving und Otto Ernst Remer aktiv.

„Knochentrockener Historiker“

Zu diesem illustren Referentenkreis gesellte sich der Münchner Politologe Walter Post (1954 in München geboren), bis dato Dozent am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaften der Universität München. Post, dessen Vater als Soldat der deutschen Luftwaffe am Rußland-Feldzug teilnahm, referierte zum Thema: „Das Unternehmen Barbarossa 1941 - Präventivkrieg oder Überfall?“ Dem ewiggestrigen Teilnehmerkreis war der Ruf von Post bereits vorausgeeilt - hatte er sich doch als Referent bei den „Tagen Deutscher Kultur“ 1992, ausgerichtet von dem 1950 gegründeten neonationalsozialistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) und bei Kongressen der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) einen einschlägigen Namen gemacht. Für seine geschichtsrevisionistischen Leistungen wurde Post, für den „die Ursachen des Großen Krieges 1914-1918 immer noch umstritten“ sind, 1993 vom ZFI mit der „Ehrengabe für Zeitgeschichtsforschung“ geehrt. Der Preis ist mit 10.000 Mark dotiert und würdigt, so die ZFI, die „forscherliche Leistung eines Wissenschaftlers auf dem Gebiet der Zeitgeschichte“.

Für sein Referat in Österreich hatte sich Post, dem die „Junge Freiheit“ (JF) bescheinigt, daß er „kein Bote der Finsternis“ sei, „der wackeren Altgläubigen das Besinnungsbuch zum Jul-Fest“ schreibe, „sondern ein knochentrockener Historiker“, als Autor des Buches „Unternehmen Barbarossa. Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41“ (Hamburg/Berlin/Bonn 1995) qualifiziert.

Die Monatszeitschrift „Der Freiwillige“, die vom Osnabrücker Munin-Verlag, dem „Hausverlag“ der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“ (HIAG) herausgegeben wird, zog in einer Rezension des Buches folgendes Fazit: „Das Buch wirft die herrschende Geschichtsdarstellung vom >Überfall<

der Deutschen auf die friedfertige Sowjetunion über den Haufen. Man sollte das Werk allen unseren obersten Politikern zur Pflichtlektüre machen, vor allem aber unseren Historikern auf den Lehrstühlen der Hochschulen!“

Zum gleichen Ergebnis kam der vierteljährlich erscheinende „Euro-Kurier“, die „aktuellen Buch- und Verlagsnachrichten“ aus dem Haus des revisionistischen Grabert-Verlages, der im beschaulichen baden-württembergischen Universitätsstädtchen Tübingen residiert: „Die sich Bahn brechende Erkenntnis von der Rettung Europas vor Stalins Angriff im Jahre 1941 wird wohl immer weitere Kreise ziehen und damit ein Stück der Geschichtslgende der Sieger von 1945 revidieren.“

„Standardwerk für künftige Generationen“

Auch „Nation+Europa“ (NE), das ideenpolitische Organ von Rechtsextremisten jeglicher Couleur, feiert Posts Werk enthusiastisch: „Nicht zuletzt kommt Posts Darstellung einer schallenden Ohrfeige für das etablierte Geschichtsbild in der Bundesrepublik gleich. Der Ostkrieg wurde vom deutschen Generalstab eben nicht als Ausrottungs-, Rassen- oder Vernichtungskrieg geplant, sondern unter rein realpolitischen Gesichtspunkten.“ Für NE stellt der Band „ein Standardwerk für künftige Historikergenerationen“ dar.

Auszüge des Buches wurden in der revanchistischen Wochenzeitung „Ostpreußenblatt“ vorab veröffentlicht. Post, so ist im „Ostpreußenblatt“ zu lesen, „gelingt“ in seinem Buch „der indizienreiche Nachweis, daß die sowjetischen Gruppen im Frühsommer 1941 planmäßig zu einem Überfall auf das Reich bereitgestellt waren, als ihnen der deutsche Angriff in den Aufmarsch hineinfuhr.“

Dem kann der pensionierte Generalleutnant Franz Uhle-Wettler, zuletzt Kommandeur einer Panzerdivision und Kommandeur der NATO-Verteidigungsakademie in Rom, nur zustimmen. In dem Vierteljahresheft „Criticon“, einem rechtsintellektuellen Strategieorgan, feiert er Post als einen Historiker, der „nicht zum Establishment der Universitäten“ gehöre: „Insgesamt ist dem Verfasser für ein mutiges Werk zu danken, das wenig Rücksicht auf politische Korrektheit nimmt.“

In der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Fakten“, die von der Partei „Kritische Demokraten“,

einer rechtsextremen österreichischen Kleinpartei, herausgegeben wird, lobt Otto Scrinzi, einst außenpolitischer Sprecher der FPÖ, Post überschwenglich und tut den deutschen Überfall auf die SU als „Mär“ ab.

Sein Lob konnte Scrinzi Post auch direkt ausdrücken - ist der Österreicher doch Obmann der Landesgruppe Kärnten des „Kulturwerkes Österreich“, bei der Post referierte.

Den „Criticon“-Leser/innen ist Post auch bekannt. Mehrfach trat er dort als Autor oder Rezensent in Erscheinung. So rezensierte er in „Criticon“ auch das Buch „Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945“ (München 1995) von Joachim Hoffmann.

Auszeichnung für Zeitgeschichtsforschung

Hoffmann (1930 geboren), Wissenschaftlicher Direktor a.D. im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, weist, so „Das Ostpreußenblatt“, in seinem Werk nach, „daß der Krieg gegen Deutschland von Stalin von Anfang an als Vernichtungskrieg geplant und so auch in unbeschreiblicher Brutalität bis zum 8. Mai 1945 und darüber hinaus durchgeführt wurde.“

Der „Eckartbote“, das Organ der „Österreichischen Landsmannschaft“ (ÖL), lobt, daß der Leser erfahre „wie Untaten den Deutschen in die Schuhe geschoben wurden und welchen Stellenwert Auschwitz in der sowjetischen Propaganda einnahm.“ Die germanophile Postille triumphierend: „Neuste Forschungsergebnisse lassen neue Erkenntnisse zu.“

Die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) vom DVU-Chef Frey glaubt gar in Hoffmanns Buch die „ganze Wahrheit über den deutsch-sowjetischen Krieg“ zu finden.

Die „Burschenschaftlichen Blätter“ bescheinigen Hoffmann, einer „souveränen Forschungspersönlichkeit“ (Criticon“), daß dieser „einen wichtigen Beitrag zur deutschen >Befreiungsdiskussion< des Jahres 1995“ geleistet habe.

Der so Geehrte, der auch der JF schon als Interviewpartner zur Verfügung stand, ist ebenso wie Post mit der ZFI-„Ehrengabe für Zeitgeschichtsforschung“ ausgezeichnet; ebenso trat er dort als Referent in Erscheinung. Ausgezeichnet ist Hoffmann auch mit dem Kulturpreis „General Andrej Andrejewitsch Wlassow“ der „Deutsch-Russlän-

dischen Gesellschaft“ (DRG). Gegründet wurde die DRG von Mitgliedern des „Bundes russischer Solidaristen“, einer konterrevolutionären russischen Organisation, die mit den Nazis kollaborierte und sich 1945 in Frankfurt als Spionagering niederließ.

Umtriebiger Publizist

Aus dem Kreis der ZFI-Referenten kommt auch der Österreicher Heinz Magenheimer (Jahrgang 1943), Autor des Buches „Kriegswenden in Europa 1939-1945. Führungsentschlüsse, Hintergründe, Alternativen“ (München/Landsberg 1995). Magenheimer, Interviewpartner und Autor der JF, arbeitet als stellvertretender Leiter der Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie des österreichischen Bundesheeres in Wien, gehört der „Österreichischen Militärischen Zeitung“ als Redaktionsmitglied an und lehrt als Privatdozent an der Universität Salzburg.

Mit mehreren Aufsätzen ist Magenheimer in der Reihe „Deutsche Geschichte“ vertreten. Herausgeber ist Gert Sudholt, Ziehsohn des stellvertretenden Reichspressechefs der NSDAP, Helmut Sündermann, und Kopf der „Verlagsgemeinschaft Berg“ (VGB), die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird. Zuletzt publizierte Magenheimer, Referent beim „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW), im VGB-Themenheft: „Das Jahr 1945: Ein deutscher Heldenkampf“.

Seine Tätigkeit in Wort und Schrift (Referent auf einer Tagung der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ in Verbindung mit der „Studiengruppe für Politik und Völkerrecht“) scheint Magenheimer auszuzeichnen - darf er doch auch in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung) seine Feder schwingen.

Magenheimer verkündete schon 1991 seine geschichtsrevisionistischen Auffassungen. In München referierte er bei den 8. „Bogenhausener Gesprächen“, einer gemeinsamen Veranstaltung der „Burschenschaft Danubia“ und des „Gesamtdeutschen Studentenverbandes“ (GDS). Magenheimers Thema: „50 Jahre faschistischer Überfall auf die friedliebende Sowjetunion“.

Anton Maegerle

BNR-INTERVIEW

Die Deutschen sehen sich eher als Opfer

Der Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Dr. Klaus Naumann, hat die deutschen Zeitungen im Zeitraum Januar bis Mai 1995 mit Blick auf ihre Rezeption des Gedenkjahres analysiert. In einem Interview mit dem „blick nach rechts“ zieht er das Resümee: In der Erinnerung des Jahres 1945 sehen sich die Deutschen eher als Opfer denn als Täter.

bnr: Sie haben, Herr Dr. Naumann, nachgelesen und analysiert, was deutsche Zeitungen zum 50. Jahrestag der Befreiung geschrieben und kommentiert haben. Welche Schwerpunkte haben Sie festgestellt?

Klaus Naumann: Wenn man den Zeitraum vom Januar bis zum Mai 1995 verfolgt, bilden sich ganz deutliche Schwerpunkte ab. Da ist zunächst einmal die Erinnerung an die lokalen Kriegsenden. Also Erinnerung nicht nur an den achten Mai, sondern vor allem daran, wie der Krieg sozusagen nach Hause kam, wie die alliierten Truppen im jeweiligen Ort, in der Kleinstadt, auf dem Lande, in der Region einmarschierten, was dann geschah, wie dieser Umbruch war. Dies steht quantitativ im Vordergrund der Berichterstattung. Ein zweiter Punkt, der gleich danach kommt, betrifft das dem Kriegsende vorausgegangene Geschehen unter dem Stichwort Bombenkrieg. Es wird sehr intensiv erinnert an die Bombardierung der deutschen Städte in den letzten Kriegstagen. Danach kommt dann die Erinnerung an Ereignisse wie die Befreiung der Lager, die Auseinandersetzung mit dem großen Datum des Kriegsendes, des achten Mai, sowie schließlich die Darstellung von Flucht und Vertreibung, der Ankunft der Flüchtlinge in den jeweiligen Städten. Im Vordergrund stehen also - zusammenfassend gesagt - das Kriegsende am Ort und der Bombenkrieg.

bnr: Bedeutet dies, daß die Deutschen als Opfer dargestellt werden - oder wird doch gesagt, daß ihr Leid Folge des von ihnen begonnenen Krieges ist?

Klaus Naumann: Ich habe einen ambivalenten Eindruck. Es wird einerseits durchaus die Kausalität klar gemacht, es wird schon deutlich gesagt, wer den Krieg angefangen hat und wie es zu dem für die Deutschen schrecklichen Ende kam. Das ist schon ziemlich eindeutig dargelegt. Und andererseits liegt in der Unmittelbarkeit der Beschreibungen, der Berichte über das Kriegsende, der Darstellungen von Hunger und Not eine Art, diese Kausalität zu umgehen, sie aufzuheben. Man gewinnt dann doch den Eindruck, es werde nahegelegt, die Deutschen nach dem achten Mai als Opfer zu sehen.

bnr: Sie beziehen sich nun auf die Darstellung von Erinnerungen. Haben Sie analoge Aussagen - die Deutschen als Opfer - auch in den Kommentaren wahrgenommen?

Klaus Naumann: Das kann man aufs große durchaus sagen. In den Kommentaren ist ein ziemlich eingeschliffener Opferdiskurs zu verspüren. Zum Preis der Nivellierung werden da oft alle Opfer: Die Opfer von Bombardierungen werden nicht mehr unterschieden von den Opfern von Verfolgung und Vernichtung...

bnr: Wieviele Zeitungen haben Sie eigentlich ausgewertet und analysiert? Was waren die Auswahlkriterien?

Klaus Naumann: Ich habe das Angebot eines Presseauschnittsdienstes benutzt, der 200 Zeitungen im Blick hat. Der Vorteil dabei ist, daß die Streubreite dieser Zeitungen sehr groß ist. So standen mir die Berichte und Kommentare der Zeitungen aus allen Regionen, aber auch der großen Blätter zur Verfügung.

bnr: Gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen west- und ostdeutscher Presse?

Klaus Naumann: Diese Frage habe ich mir zunächst auch gestellt und ich bin zu der Ansicht gekommen, daß man dies eigentlich so nicht feststellen kann.

bnr: Welche Bedeutung hat die Wiedervereinigung für die Kommentatoren? Gibt es etwa Stimmen, die die NS-Vergangenheit hinter dem 9. November 1989 und den Folgeereignissen verschwinden lassen wollen?

Klaus Naumann: Im großen und ganzen nein. Es ist sicher eine vorrangige Frage, ob die Ereignisse von 1989/90 die Gewichte, die Akzente, die Blickwinkel verschieben. Sie bewirken zwar vielleicht, daß jetzt wohl unbefangener - mit aller Ambivalenz, die darin

steckt - auch von deutschen Opfern geredet wird. Doch kann man deshalb nicht sagen, daß etwa Forderungen nach einem Schlußstrich sich auf diesem Hintergrund hätten durchsetzen können. Aufrufe wie jener der Gruppe um Zitelmann „Wider das Vergessen“ haben weder in der regionalen noch der überregionalen Presse größere Resonanz gefunden.

bnr: Gibt es denn auch nennenswerte Stimmen, die die Erfahrung der Vergangenheit ganz bewußt nutzen, um eine friedliche und demokratische Politik mit Blick auf die großen Fragen von Gegenwart und Zukunft zu fordern?

Klaus Naumann: Hierzu kann ich zwei Aspekte anführen. Zum einen: Wenn man es mit 1985 vergleicht, gibt es eine wesentlich intensivere Auseinandersetzung mit der Befreiung der Konzentrationslager. Aufgrund aktueller Anlässe, offizieller Gedenkfeiern wird stärker an Buchenwald, Auschwitz, Bergen-Belsen und andere Orte der Vernichtung gedacht. Zum anderen: Mit Blick auf den Krieg im ehemaligen Jugoslawien wird die Frage diskutiert, wie sich Deutschland mit seiner Vergangenheit hier verhalten kann. Indirekt, aber durchaus deutlich wird erörtert, wie weit kann die deutsche Außenpolitik jetzt gehen, wo muß sie sich engagieren, wo sollte sie grundlegend Zurückhaltung üben. Zu welchem Schluß man auch kommt - dies ist durchaus verschieden -, es wird sehr stark thematisiert, daß eine Entscheidung nur durch den Filter der nationalsozialistischen Erfahrung diskutiert werden dürfe. Das ist immerhin schon eine Diskussionsstufe, die man auf keinem Fall auslassen soll.

bnr: Haben sich nicht viele darauf eingerichtet, daß nach fünfzig Jahren endlich Schluß sei - und nun stehen die Goldhagen-Thesen ins deutsche Haus...

Klaus Naumann: Man muß natürlich den Vorbehalt machen, daß nur einige wenige hierzulande das Buch von Goldhagen über Hitlers willige Mordgesellen bisher gelesen haben und auch meine Kenntnis auf Berichten darüber beruht. Für mich findet sozusagen zur Zeit eine Debatte vor der Debatte statt. Ich kann aber sagen, daß ich den Artikel von Volker Ullrich in der ZEIT vom 12. April zustimmend aufgenommen habe. Wenn es zu der von ihm vermuteten zweiten Historikerdebatte kommt, könnte ein Thema debattiert werden, das ich sehr wichtig finde - auch wenn ich mir unklar bin, ob dieses Buch die betreffende

Frage beantworten wird - nämlich die Frage nach der deutschen Tätergemeinschaft, nach der deutschen Volksgemeinschaft, nach der Frage der Kollektivität des Verbrechens. Und ich denke auch an die Frage, was sich an kollektiven Mentalitäten im Untergrund dieser Taten und Untaten abgespielt hat. Auch wenn man zurückblickt auf wissenschaftliche Arbeiten zu dieser Frage oder die Ausstellung über die Mitwirkung der Wehrmacht am Holocaust, ist dies für mich nach wie vor ein aktuelles Thema. Es gilt zu erforschen, zu erfragen, wie tief ging Täterschaft, Mittäterschaft, Wissen, Mitwissen, Zeugenschaft und Mitteilungsbedürfnis; wie weit ging dieser sehr differenzierte Kampf von Teilnahme und teilnehmender Beobachtung. Wie weit ging das wirklich, aus welchen Motiven hat sich das gespießt?

bnr: Dies sind Fragen, die uns nicht verlassen werden. Wurden Sie nach dem 8. Mai 1995 noch in den Medien erörtert?

Klaus Naumann: Es ist Fluch und Segen von Gedenkjahren: Was über den Tellerrand fällt, was jenseits des Zeitraums Januar bis Mai 1995 liegt, ist nicht Bestandteil der Inszenierung. Dies hat den Preis, daß eine sehr hochgespielte Erwartung und auch eine sehr dichte Information auf einmal ins Leere läuft. Und es hat auch die negative Seite, daß Daten, die sich diesem Ritus nicht fügen, in der gewohnheitsmäßigen Presseberichterstattung nicht mehr wahrgenommen werden. Zur Folge hat die Eingrenzung des Gedenkens auf das Jahr 1995, daß die Ereignisse von 1945 - also die Rückkehr des Krieges nach Deutschland mit allen Folgen -, nicht aber die Verbrechen im Osten in den Jahren 1941 bis 1944 thematisiert wurden. Hier verbünden sich faktisch zwei Aspekte: Ein gewisses Medienspektakel auf der einen Seite und untergründig ein Blick auf die Situation, als der Krieg ins Reich kam. Das Erinnerungskollektiv ist also wieder einmal ein Nationales. bnr: Bedeutet dies, daß sich die Deutschen in der Erinnerung eher als Opfer denn als Täter sehen. Klaus Naumann: Ja, tatsächlich. Unter dem Strich muß man das so sehen. Wie immer das gefiltert und rationalisiert wird, mit Begründungen und Ableitungen. Die Intensität des Gedenkens - sehen wir nur die Zeitzeugenberichte - ist um ein vielfaches größer, wenn es um die eigene Haut geht.

Interview: Rudolf Schwinn

„Panorama“ widerlegt:

Wiesenthal half, Eichmann zu fangen

„Panorama“, ausgestrahlt vom Norddeutschen Rundfunk (NDR), gehört zu den besonders angesehenen politischen Magazinen der ARD. Im Februar hieß der erste, gut 20 Minuten lange Beitrag „Das Ende einer Legende“. Es ging um die Arbeit Simon Wiesenthals bei der Fahndung nach untergetauchten mutmaßlichen NS-Verbrechern. Panorama-Leiter Joachim Wagner sagte in der Moderation u.a. „Wiesenthal ist eine tragische Figur. Er war mehr Maulheld als Held.“ Der Vorwurf des Magazins: Wiesenthal habe fast nichts getan, was zur Ergreifung von Mördern geführt habe. Schlimmer noch: Seine Fahndungen hätten u.a. die kanadische Justiz in die Irre geleitet und völlig unnötige Arbeit verursacht. Wiesenthal selbst kam in der Sendung nicht zu Wort. „Leider“ habe er, so Wagner, für eine Stellungnahme nicht zur Verfügung gestanden. Wiesenthal später im SPIEGEL: „Meine einzige, allerdings nicht erfüllte Bedingung war, daß auch andere, erfolgreiche Fälle dargestellt würden.“ Panorama hatte sich auf Mengele, Eichmann, Bormann und Kurt Waldheim beschränkt. Wenn nicht alles täuscht, hat „Panorama“ ein Zerrbild geliefert und sich vor den Karren des Jüdischen Weltkongresses spannen lassen, der seit Jahren Wiesenthal zu diffamieren versucht.

Wahr ist, daß Wiesenthal im Majdanek-Prozeß eine Schlüsselrolle spielte, weil er mit Hermine Ryan-Braunsteiner die einzige Angeklagte vor Gericht brachte, die zu lebenslang verurteilt wurde. Wahr ist, daß nur mit Hilfe Wiesenthals der Treblinka-Kommandant Franz Paul Stangl von Brasilien an die Bundesrepublik ausgeliefert und in Düsseldorf vor Gericht gestellt wurde. Dasselbe gilt für Stangls Stellvertreter Kurt Franz. Der Leitende Oberstaatsanwalt a.D. Alfred Spieß hat das 1986 der „Jerusalem Post“ in einem allerdings nicht veröffentlichten Leserbrief mitgeteilt. Weltweit verbreitet wurde dieser Leserbrief dann mit Hilfe der niederländischen Stiftung „Bestrijding Antisemitisme“.

Die kanadische Justiz, die in Panorama wortreich klagte und Wiesenthal anklagen durfte, unter-

schlug, daß die Regierung ihres Landes in Kanada untergetauchte NS-Verbrecher gar nicht verfolgen wollte. Die Historikerin Alti Rodal hat das schon 1987 in einer Studie nachgewiesen. In den USA wurde bereits 1949 ein Gesetz verabschiedet, das pro Jahr 100 Personen die Einreise ermöglichte, die eigentlich u.a. wegen NS-Verbrechen hätten vor Gericht gestellt werden müssen. Da muß noch viel aufgearbeitet werden. Der Versuch, aus Simon Wiesenthal ein Zerrbild zu machen, fällt wohl auf Panorama zurück.

Glückwünsche von Yad Vashem

Den Beweis dafür legte wenige Wochen nach der Panorama-Sendung die Deutsche Verlags-Anstalt (DVA) Stuttgart vor. Zvi Aharoni war lange Zeit engster Mitarbeiter Isser Harel's, des Chefs des israelischen Geheimdienstes Mossad. Aharoni gehörte zu dem Kommando, das im Mai 1960 in Argentinien Adolf Eichmann's Identität nachwies, den Organisator der „Endlösung“ kidnappte und nach Israel brachte. Aharoni hat nun seine Erinnerungen minutiös niedergeschrieben und unter dem Titel „Der Jäger“ bei DVA veröffentlicht. Gewidmet ist das Buch „Für Simon Wiesenthal, der die Jagd nie aufgegeben hat“ - die Jagd auf Adolf Eichmann. Wiesenthal war es, so Aharoni, der durch einen Freund den ersten Hinweis darauf bekam, daß Eichmann „in der Nähe von Buenos Aires lebt und für ein Wasserwerk arbeitet“. Wiesenthal verhinderte in letzter Minute, daß Adolf Eichmann für tot erklärt wurde. Damit hätte nämlich die Fahndung nach Eichmann ihr endgültiges Ende gefunden. Am 11. Mai 1960 wurde Eichmann vom Mossad in Argentinien's Hauptstadt festgenommen, am 22. Mai landete die El Al-Maschine „Britannia“ mit dem Endlöser an Bord in Tel Aviv. Am 24. Mai 1960 erhielt Wiesenthal ein Telegramm mit dem Text „Herzlichste Glückwünsche zu Ihrem glänzenden Erfolg“. Absender war das Gedenk- und Forschungszentrum Yad Vashem in Jerusalem. Wiesenthal nahm als Gast an der Hauptverhandlung gegen Eichmann teil. Am Ende wertete er den Prozeß zutreffend so: „Der Eichmann-Prozeß vermittelte das wesentliche, tiefe Verständnis der Nazi-Mordmaschinerie und ihrer wichtigsten Vertreter. Seit dieser Zeit versteht die Welt den Begriff „Schreibtischmörder“. Wir wissen, daß jemand nicht fanatisch, sadistisch oder geisteskrank sein muß, um Millionen zu ermorden; daß es genügt, ein loyaler Anhänger zu sein, der begierig danach ist, für

einen Führer seine Pflicht zu tun, und daß Massenmörder absolut nicht asozial sein müssen - es gar nicht sein können! Im Gegenteil, Massenmord in großem Maßstab setzt jemand sozial angepaßten als Mörder voraus.“

„Panorama“ ist, so war vertraulich zu erfahren, nach der Schmutzkampagne gegen Simon Wiesenthal ARD-weit heftig kritisiert worden. Ursprünglich sollte eine zweite Sendung folgen. Davon dürfte „Panorama“ nun wohl absehen. Joachim Wagner, als seriöser Journalist bekannt, könnte seinem Ansehen nutzen, würde er sich bei Wiesenthal entschuldigen. Denn was Wiesenthal geleistet hat, um Leute wie Ryan-Braunsteiner, Stangl, Franz und eben auch Eichmann vor Gericht zu bringen, hat der Bundesrepublik genutzt. Um sie hat Simon Wiesenthal sich ohnehin längst verdient gemacht.

Heiner Lichtenstein

HINWEIS:

Veranstaltung zu Theresienstadt

Frankfurt - Am 8. Mai findet in der jüdischen Gemeinde Frankfurt/Main eine Veranstaltung zum Gedenken an das Schicksal der nach Theresienstadt verschleppten Juden aus der Tschechoslowakei, Deutschland, Österreich, Dänemark und den Niederlanden statt. In dem von den Nazis „Altersghetto“ genannten Theresienstadt starben 35.000 Insassen, 87.000 wurden „nach dem Osten“ in die Vernichtungslager deportiert und ermordet. Tschechische Historiker haben als Ergebnis langjähriger Forschungsarbeit jetzt das „Theresienstädter Gedenkbuch“ vorgelegt. Der Herausgeber, Prof. Dr. Miroslav Kárny/Prag, stellt das Gedenkbuch bei der Veranstaltung vor und hält einen Vortrag über die Geschichte Theresienstadts. Anwesend sein wird auch der Botschafter der Tschechischen Republik. Veranstalter sind das Fritz Bauer Institut, Frankfurt und die Deutsch-Tschechische-Gesellschaft e.V., Frankfurt. Veranstaltungsort: Gemeindezentrum der jüdischen Gemeinde Frankfurt/Main, Westendstraße 43; Beginn: 19.00 Uhr.

Polens schwieriger Umgang mit der Vergangenheit:

Das Erbe von Auschwitz

Wenigstens eine positive Nachricht gab es in diesen Tagen, der Bau des von einer polnisch-deutschen Gruppe geplanten „Supermarktes“ innerhalb der auf Anregung der UNESCO 1977 errichteten 500m-Schutzzone um das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz findet nicht statt. Die aus Deutschland unterstützte Stiftung „Maja“ hat auf internationalen, weniger nationalen polnischen Protest ihr Vorhaben aufgegeben. Weniger positiv dürfte die Entscheidung bei den Bürgern des polnischen Städtchens Oswiecim angekommen sein. Sie wenden ein, daß der angebliche Supermarkt ein eher bescheidenes Geschäft für Lebensmittel und Garderobe sei, dessen Errichtung auch den Zweck habe, die störenden Imbißbuden und das Cafe vor dem KZ-Eingang überflüssig zu machen, die in der Vergangenheit Gegenstand der Kritik waren; die es bedauern, daß die Gewinne nunmehr ausbleiben, die einem Kinderdorf in der Nähe von Auschwitz zugute kommen sollten.

Rechter Aufmarsch

Kurz zuvor war Auschwitz aus einem ganz anderen Grund ins Gerede gekommen. Polnische Rechtsradikale der von einem Boleslaw Tejkowski geführten „Polnischen Nationalen Gemeinschaft“ hatten Anfang April in der für Neonazis weltweit üblichen Aufmachung im Lager einen Kranz niedergelegt und zugleich dagegen protestiert, daß der Wojwode von Bielsko-Biala/Bielitz-Biala, Trombski, die Einstellung der Bauarbeiten an diesem Supermarkt verfügt hatte. Streiting ist, ob die polnischen Nationalisten mit zum Nazigruß erhobenen Händen das Tor mit dem zum zynischen Symbol für das Leid von Millionen Häftlingen gewordenen Spruch „Arbeit macht frei“ durchschritten hatten.

Der Wojwode reagierte auf den Vorwurf, diese Demonstration genehmigt zu haben, widersprüchlich. Er berief sich einmal - wie auch das polnische Helsinki-Komitee - auf die Demonstrationsfreiheit; verwies ein andermal eher hilflos auf die

Drohung der Nazis, den alljährlich am 16. April stattfindenden „Marsch der Lebenden“ massiv zu stören, falls das vom Auschwitzer Bürgermeister verhängte Demonstrationsverbot nicht aufgehoben würde. Schließlich versuchte er sich damit herauszureden, er habe gar nicht gewußt, wer Tejkowski und seine Organisation sind. Die polnische Regierung kündigte eine Überprüfung und eine, in Teilen der polnischen Presse nachdrücklich geforderte Enthebung des Wojwoden von seinem Amt an. Die Amtsenthebung unterblieb, derweilen flogen in Rom Molotowcocktails gegen die polnische Botschaft, protestierten die polnische Bischofskonferenz ebenso entschieden wie jüdische Organisationen in aller Welt, sorgte sich die polnische Presse um den Ruf Polens, das den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft anstrebt. Zurück blieb der unterschwellige Vorwurf, der polnische Antisemitismus habe sich ein weiteres Mal manifestiert.

Jüdische Existenz war nie problemfrei

Grund für diesen Vorwurf bestand durchaus. Schien doch Polen nach dem Ende der deutschen Besetzung und der Vernichtung der polnischen Juden lange mit sich im Unklaren, wie es mit den Verfolgungsaktionen der Nazis und den von ihnen hinterlassenen Denkmälern des Grauens umgehen sollte. Ob sie mehr als Orte polnischen oder jüdischen Martyriums zu werten seien? Hatte es doch unter Gomulka eine erneute Vertreibung der Juden aus Polen gegeben. In Wirklichkeit hatte sich die NS-Verfolgung gegen Polen wie Juden und andere nach der Herrenmenschenideologie Unterwertige gerichtet, gleichwohl ließ der Umgang Polens mit diesem Teil seiner Geschichte spüren, daß jüdische Existenz in Polen nie problemfrei war. Die Haltung der polnischen katholischen Kirche, etwa um die Errichtung eines (inzwischen aufgehobenen) katholischen Klosters tat ein weiteres, um den Umgang der Polen mit ihrer Geschichte in die Diskussion zu bringen.

Die Fairness gebietet es anzuerkennen, daß nach der Abkehr vom Kommunismus auch in Polen das Nachdenken über Spuren polnischen Antisemitismus eingesetzt hat, die Vorgänge in Auschwitz haben dies erneut angestoßen.

Ohne die jüngsten Vorgänge zu bagatellisieren, sollte man den Polen zugute halten, daß sie auch

auf Hilflosigkeit im Umgang mit dem ihnen aufgezungenen Erbe der Nazibarbarei beruhen. Es gibt eben keine allgemein gültige Kultur des Umgangs mit dem Schrecken. Würde man alle Orte der Erde, an denen Menschen von Menschen entehrt, geschunden, gemordet wurden, unter Denkmalschutz stellen, die Erde wäre ein großes Museum, Kommunen wie Dachau, Mauthausen oder Sachsenhausen hatten eine vorweisbare Geschichte, die durch politische Entscheidungen besudelt wurde, zu denen nicht die Zustimmung ihrer Bürger erfragt wurde. So leidet auch eine Stadt wie Auschwitz. Die Tragik der Geschichte liegt darin, daß den Bürgern dieser Gemeinde das Recht verwehrt wird, sich aus eigener Kraft vom Odium zu befreien, das dem Namen ihrer Gemeinde anhaftet. Denn zuallererst steht den zu Opfern Gewordenen und den mit ihnen Empfindenden das Recht zu, darüber zu entscheiden, an welchen Orten sie die Erinnerung an ihr Leiden festmachen; aber auch das Recht auf Gnade. Und daran kommt auch eine so gemartete Gemeinde wie Auschwitz nicht vorbei. Die Befreiung kann wahrscheinlich nur das Einvernehmen von Opfern wie Erben der Täter bringen. Und auf dem Weg dahin sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern von Auschwitz helfen.

Klaus-Henning Rosen

PERSONALIEN

Rastatt - Die Rechtsextremismus-Expertin und Buchautorin Franziska Hundseder erhält gemeinsam mit dem Grafiker Klaus Staeck den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis. Der Preis wird verliehen von dem Kuratorium Gustav-Heinemann-Bürgerpreis und dem Vorstand der SPD. Die Festveranstaltung findet am 23. Mai um 11.00 Uhr im Schloß von Rastatt statt. Die Laudatio hält die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin.

Wien/Beersheba - Simon Wiesenthal, dem Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, wurde die Ehrendoktorwürde der Ben-Gurion-Universität in Beersheba verliehen. Für Wiesenthal ist dies der 13. Doktorhut und zugleich seine erste bedeutende Würdigung in Israel.

Anbandleien links/rechts

„Wenn Euch diese BRD auch ankotzt, dann seid Ihr bei uns genau an der richtigen Adresse“ - so eine der jüngsten Ausgaben der neonazistischen Hetzschrift „Sonnenbanner“ (Untertitel: „Nationales Sozialistisches Schulungsblatt“; Sitz: 99962 Mühlhausen), herausgegeben von einem „Freundeskreis Nationaler Sozialisten/Aktion Volkswille“. Gegründet wurde die Postille von Michael See vor drei Jahren. Von besonderem Interesse ist der Artikel „Strategien der Zukunft“. Die braunen Kameraden werden darin aufgefordert, sich in ihrem Erscheinungsbild dem „Normalbürger“ vollkommen anzupassen. Wichtig sei nicht das Äußere („Skinheadklamotten“, Springerstiefel, Braunhemden, „frisch rasierte Glatze“), sondern das Innere. Ebenso sollen sich die Kameraden „prinzipiell jeder politischen Äußerung zu Themen“ enthalten, die durch die Medienhetze“ negativ belastet seien - wie z.B. der Holocaust. Stattdessen gelte es, die Öffentlichkeit auf soziale Mißstände wie Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung aufmerksam zu machen.

Der „Freundeskreis Nationaler Sozialisten/Aktion Volkswille“ versteht sich nicht als „politische Gruppierung, sondern als Kampfgemeinschaft“, deren „Wollen und Glauben“ auf der „unabänderlichen Richtigkeit“ einer „fundamentalen Weltanschauung - dem Nationalen Sozialismus“ basiere.

Als Interviewpartner der aktuellen „Sonnenbanner“-Ausgabe (1/96) stand Michael Koth, bis April 1995 noch stellvertretender Vorsitzender der KPD und Mitglied des „Freundeskreises Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V.“, dem Neonazi Michael See, einst Bezirksleiter des „Internationalen Hilfskomitees für nationale politisch Verfolgte und deren Angehörige e.V.“ (IHV) in Thüringen und Ortsgruppenleiter der „Aktion Sauberes Deutschland“ (ASD) in Leinefeld - beide von Ernst Tag ins Leben gerufen - Rede und Antwort. O-Ton Koth: „Jedem ehrlichen Sozialrevolutionär oder National/Sozialist reichen wir (...) im Interesse eines neuen Deutschlands unsere Bruderhand! Für den BRD-Staat würde diese Aktion hier auf Dauer zu einer ernsthaften Bedrohung seines Herrschaftsanspruches führen!“ Der ehemalige KPD-Spitzengegner Koth ruft Ende des Interviews die neugewonnenen Kameraden dazu auf, gemeinsam die

Bundesrepublik zu „bekämpfen, auf daß auf seinen Trümmern“ ein neues Deutschland entstehe. Ähnlich hatte sich Koth bereits in der revisionistischen Zeitschrift „Sleipnir“ geäußert: „Die wirkliche Einheit Deutschlands mit dem Ziel der Schaffung einer wahren Menschengemeinschaft (...) ist meiner Ansicht nach nur unter sozialistischen Bedingungen möglich, was den Sturz des Bonner Systems voraussetzt“.

Anton Maegerle

Neu verurteilt

Das Mannheimer Landgericht verurteilte am Mittwoch, den 17. April den stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert (56) zu einer weiteren Freiheitsstrafe (erst am 27. März war gegen Deckert vom Stuttgarter Amtsgericht eine siebenmonatige Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen Volksverhetzung ergangen). Die 10. Strafkammer des LG Mannheim unter dem Vorsitzenden Richter Jörg Münchbach bestätigte jetzt in der Berufungsinstanz ein Urteil des Amtsgerichts Weinheim vom 18. März 1993. Damals war Deckert wegen Beleidigung zu einer Strafe von 100 Tagessätzen à 50 Mark verurteilt worden. Deckert hatte die Abteilung Staatsschutz der Heidelberger Polizei als „stasi“ bezeichnet. Desweiteren hatte der 1988 aus dem Schuldienst entlassene Lehrer in einem in den „Weinheimer Nachrichten“ abgedruckten Leserbrief einen Angehörigen des „Antifaschisten Aktionsbündnis Weinheim“ verunglimpft. Staatsanwaltschaft, Verteidigung und Nebenkläger hatten gegen das Urteil des AG Weinheim Rechtsmittel eingelegt.

Das Mannheimer Gericht bildete unter Einbeziehung des Urteils des Karlsruher Landgerichts vom 21. April 1995 (zwei Jahre ohne Bewährung; vgl. BNR 9/95) eine Gesamtstrafe von zwei Jahren und einem Monat. Staatsanwalt Hans-Heiko Klein kündigte an, in Revision zu gehen. Im Publikum der Deckert-Verhandlung fanden sich neben NPD-Mitgliedern und Deckert-Sympathisanten aus Weinheim wie Eric Rössler (22) und der in der strammrechten Weinheimer „Jungen Union“ organisierten Deckert-Tochter Ilse Ochs (28) auch Neonazis aus dem Umfeld der „HNG“. Darunter die in Koblenz wegen Fortführung der verbotenen „Deutschen Alternative“ angeklagten René Rodriguez-Teufer (21), Christian Rolf Hehl (26), Volker Müller (32) und Rüdiger Werner (26). Eva Bernhard

BÜCHERSCHAU

Im Krieg gegen die US-Regierung

Brennende Kreuze, Männer unter Kapuzen und Haß gegen Schwarze - damit assoziiert man den Ku-Klux-Klan (KKK), eine rassistische Geheimgesellschaft in den USA, die seit 1978 wieder einen neuen Aufschwung erlebt. Deren bereits über ein Jahrhundert lange Geschichte, die gegenwärtige Bedeutung und die Verbindung zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen ist Thema einer journalistischen Darstellung, die Roger Martin unter dem bezeichnenden Titel „AmeriKKKa“ vorgelegt hat. Er suggeriert, daß es sich bei dem KKK nicht um eine gesellschaftlich völlig isolierte Organisation handelt, sondern daß deren Vorstellungen auch von nicht wenigen US-Amerikanern - nach einer Meinungsumfrage von elf Prozent - geteilt werden.

Martins Buch ist formal nicht streng chronologisch aufgebaut, sondern vermischt verschiedene Darstellungsformen: Neben immer wieder kurz eingestreuten Beispielen von KKK-Aktivitäten in den achtziger Jahren finden sich historische Gesamtdarstellungen, neben Fallstudien Untersuchungen zum Innenleben der Organisation, neben einem Interview mit dem führenden KKK-Aktivisten Dave Holland eine Darstellung zur Rolle von Polizeiagenten und V-Männern in der Organisation.

Zwar machten laut Martin die zwischen 30.000 und 70.000 organisierten KKK-Mitglieder lediglich zwischen 0,013 und 0,030 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, was aber nicht zur Bagatellisierung des Problems führen sollte: „Eine paradoxe Situation, denn trotz ihrer relativen zahlenmäßigen Schwäche nimmt die Gefährlichkeit einer Bewegung zu, die keineswegs auf ihre Akti-

visten beschränkt ist, sondern bei der auf jeden Aktivisten etwa neunzig passive Sympathisanten sowie zehn Sympathisanten kommen, die bereit sind, Geld zu geben oder gelegentlich anderweitig zu helfen. Die Ultrarechte begnügt sich nicht mehr damit, ihre Opfer in den Gruppen zu suchen, die ihr gegen den Strich gehen, sondern führt mittlerweile einen offenen Krieg gegen die amerikanische Regierung selbst, in der sie die dämonische Verkörperung von Juden und Kommunisten sieht“ (S. 297).

Aufgrund der bisherigen Informationsdefizite über den KKK im deutschen Sprachraum verdient die Darstellung bereits wegen der Materialfülle Aufmerksamkeit: Kenntnisreich werden die verschiedenen Wellen des Aufstiegs und Niedergangs des Klans in der Geschichte der USA beschrieben. Übersichten zu den verschiedenen Gruppen des KKK geben einen Überblick über das verwirrende Gestrüpp der verschiedenen Gruppen und die Ausführungen zur Binnenstruktur und den Ritualen liefern einen interessanten Einblick in das Innenleben der Organisationen. Martin hat darüber hinaus auch Angaben zu den Agitationsfeldern und der Verbindung zu anderen rechtsextremistischen Gruppen gemacht. Leider werden die einzelnen Angaben nicht genauer belegt, so daß sie nicht überprüfbar sind. Darüber hinaus nimmt Martin auch keine genaueren Analysen zur Ideologie oder Sozialstruktur des KKK vor, was sich aber durch die journalistische Herangehensweise erklären läßt. Hier und da neigt der Autor auch zu Übertreibungen, wenn etwa von einer „braunen Internationale“ gesprochen wird oder die marginalen Aktivitäten von KKK-Angehörigen in Deutschland beschrieben werden. Unabhängig von dieser Detailkritik verdient die Darstellung aber vor dem Hintergrund der Aktivitäten militanter Rechtsextremisten in den USA Aufmerksamkeit.

Armin Pfahl-Traughber

Roger Martin, AmeriKKKa. Der Ku-Klux-Klan und die Ultrarechte in den USA, Hamburg 1996 (Rotbuch), 311 S.

BÜCHERSCHAU

**Brauner
Okkultismus**

Über den Einfluß von Esoterik und Okkultismus auf den Nationalsozialismus kursieren die vielfältigsten Legenden, die gewollt oder ungewollt eine Mythologisierung eines historisch-politischen Phänomens betreiben. René Freund versucht der tatsächlichen Bedeutung von magischen Vorstellungen auf Theorie und Praxis des Nationalsozialismus in seinem aus einer philosophischen Dissertation entstandenen Buch „Braune Magie? Okkultismus, New Age und Nationalsozialismus“ nachzugehen.

Darin werden zunächst zu Beginn des Jahrhunderts bedeutsame esoterische Publizisten, deren Auffassungen und Einfluß behandelt - von Helena Blavatsky über Lanz von Liebenfels bis Guido von List. Parallel dazu beschäftigt sich Freund mit der Thule-Gesellschaft und den Einflüssen auf den frühen NSDAP-Theoretiker Alfred Rosenberg. Anschließend werden Versuche einer Remythologisierung der Gesellschaft durch den Nationalsozialismus beschrieben, wobei es einerseits um Symbole wie das Hakenkreuz, andererseits um Einrichtungen wie die SS geht. Einen Blick in die Gegenwart nimmt Freund dem folgend vor, indem die Zusammenhänge von Rechtsextremismus und New Age anhand des „esoterischen Hitlerismus“ oder der „Ufologie“ beschrieben werden.

Angesichts eines schon lange Jahre anhaltenden allgemeinen Trends zur Esoterik fürchtet der Autor für eine Vermengung dieses Trends mit der Politik eine brisante Mischung. „Diese brisante Mischung könnte von neuen Führergestalten wieder frisch aufbereitet werden. Vorläufig ist die Wirtschaft noch stabil genug, sich

die meisten Formen der Kritik nicht nur einzuverleiben, sondern sie auch zu vermarkten. Doch die Spaltung der Welt in Rationales und Irrationales wurde seit dem Nationalsozialismus nicht nur nicht überwunden, sondern sogar vertieft“ (S. 158).

Freunds Studie kommt zweifellos der Verdienst zu, ein bislang nicht genügend beachtetes Thema relativ sachlich erörtert zu haben. Hierbei verdient insbesondere seine Kritik von zweifelhaften Werken der „Nazi-Okkult-Literatur“ Beachtung. Auch vermag er es, auf interessante Details hinzuweisen, etwa die nicht zufällige Wahl des linksdrehenden Hakenkreuzes als Symbol, steht dieses doch „für Auflösung, Abstieg, Tod“ (S. 84). Darüber hinaus gibt es bemerkenswerte Informationen zu einzelnen, etwa zum Begründer des gegenwärtigen „esoterischen Hitlerismus“, Miguel Serrano, der offenbar lange Jahre chilenischer Botschafter in zahlreichen Ländern und bei der Internationalen Atomenergiekommission war (vgl. S. 113).

Die Arbeit läßt allerdings viel an Systematik vermissen. Begriffe und Fragestellungen werden nicht genau herausgearbeitet, Angaben sind pauschal oder ungenau, differenzierte Bewertungen zur Bedeutung des Einflusses von Esoterik und Magie auf den historischen Nationalsozialismus und gegenwärtigen Rechtsextremismus sucht man vergebens. So zutreffend etwa über mögliche Einbruchstellen für rechtsextremistische Diskurse bei esoterischen Kreisen gesprochen wird, so irritierend ist, daß es zu keiner klaren Bestandsaufnahme und Einschätzung des tatsächlichen Stellenwertes kommt. In dererlei Hinsicht hätte man mehr erwartet.

Armin Pfahl-Traugber

René Freund, Braune Magie? Okkultismus, New Age und Nationalsozialismus, Wien 1995 (Picus), 180 S., 34 DM

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Tagebuch

Altena/Nordrhein-Westfalen - Der neuheidnische und dem Rechtsextremismus eindeutig zuzuordnende „Armanen-Orden“ (AO; Sitz: Köln), führte vom 6. bis 8. April sein diesjähriges Ostara-Thing („Ostara“= germanische Frühlingsgöttin) im nordrhein-westfälischen Altena durch. Der AO wurde 1976 aus der neugermanisch-rassistischen „Guido von List Gesellschaft“ heraus gebildet. Nach Lists Auffassung (1919 verstorben) waren die Armanen die Führer und Lenker der Germanen. Im Mittelpunkt seiner Lehre steht die mystische Überhöhung der arischen Rasse. Der antichristliche AO wendet sich gegen die biblische Lehre vom Wert jedes Menschen und der Gleichheit aller. An der Spitze der hierarchisch gegliederten Organisation, deren Glaubensinhalte durch einen extrem primitiven Rassen-Okkultismus mit theosophischem Einschlag geprägt sind, steht der Großmeister Adolf Schleipfer.

Antwerpen (Belgien) - Bei einem internationalen Zusammentreffen von Rechtsextremisten aus Belgien, den Niederlanden, Finnland, Frankreich und der Bundesrepublik in Antwerpen am 20. April wurde zu Aktionen im Zusammenhang mit dem am 9. Mai in Hamburg beginnenden Prozess gegen Gary Rex Lauck aufgerufen.

Bad Dürkheim/Ludwigshafen - Am 13. April hat im rheinland-pfälzischen Bad Dürkheim mit dem „Pfälzer Aufruf Nr.2“ ein zweiter „Runder Tisch“ stattgefunden. Rund 180 Teilnehmer sollen anwesend gewesen sein. Nach Angaben der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ befanden sich darunter der DHLVH-Bundesvorsitzende Harald Neubauer, der stellvertretende Landesvorsitzende der „Republikaner“ im Saarland, Aloys Lehmler und der hessische NPD-Landesvorsitzende Hans Schmidt. Ein erster „Pfälzer Aufruf“ war bereits am 2. Oktober 1995 in Ludwigshafen verabschiedet worden. Gegen zwei Teilnehmer des „Runden Tisches“ von den „Republikanern“ läuft derzeit ein Parteiausschlußverfahren. Ellen Geyger (61) und dr. Wolfgang Friedl (73), beide kandidierten für die REP zur Landtagswahl in Baden-Württemberg, sollen die Schlierer-Partei verlassen müssen. In Bad Dürkheim werden seit Ende 1994 regelmäßig Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Charakter durchgeführt. Im März fanden neben einem großen Konzert die Jahrestagung der neona-

zistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ und der Bundesparteitag der NPD statt.

Berlin - Der „Spieth-Verlag. Verlag für Symbolforschung“, nach Eigenangaben der „älteste deutschsprachige esoterisch-astrologische Verlag. Verlag für Grenzwissenschaften, germanische Runenlehre, alteuropäisches Weistum/Kulturgut, Stammes- und Heimatkunde, altgermanische Astrologie - Die galaktische Astrologie der Milchstraße“, hat seinen Sitz von Stuttgart nach Berlin verlegt. Neuerdings wirbt der Verlag in der neuheidnischen Zeitschrift „Huggin und Muninn“, dem Organ der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (ANSE) für sein Verlagsprogramm. Offeriert wird u.a. das Buch „Jörg Lanz von Liebenfels und der Neue Templer Orden. Die Esoterik des Christentums“ von Rudolf J. Mund (1920-1985), ehemals SS-Untersturmführer und Oberhaupt der von Liebenfels ins Leben gerufenen antisemitischen Geheim-Sekte „Ordo novi templi“ (ONT = Neutempler-Orden).

Berlin - Das „Nationale Infotelefon Berlin“ (NIT) hat Ende März seinen Betrieb eingestellt. Betreiber war der ehemalige Kader der verbotenen „Nationalistischen Front“ Ulli Boldt. Boldt war darüber hinaus eine Zeitlang beim „Studienzentrum Weikersheim e.V.“ (SZW) aktiv. 1995 wurde Boldt, seit Januar 1994 Vorsitzender der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.“, vom SZW ausgeschlossen, nachdem er dort „einige Jahre für die Jugendarbeit verantwortlich“ war. Zuletzt trat Boldt Anfang April öffentlich im Rahmen einer zweifelhaften Sendung eines privaten Fernsehsenders auf. Unter der alten Nummer des Berliner NIT heißt es nun lapidar: „Kein Anschluß unter dieser Nummer“.

Bonn - Das Bundeskriminalamt hat im vergangenen Februar insgesamt 141 fremdenfeindliche Delikte registriert. Wie die Bundesregierung mitteilte, waren darunter ein Brandanschlag und acht Angriffe gegen Personen, elf Menschen seien verletzt worden.

Im Jahr 1995 wurden nach Angaben der Bundesregierung 53 Bundeswehrsoldaten wegen Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund verurteilt. Bei den Straftaten soll es sich überwiegend um die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gehandelt haben. Die meisten Täter seien Grundwehrdienstleistende gewesen. In 1994 waren wegen solcher Delikte 64, ein Jahr

Jahr zuvor 43 Bundeswehrsoldaten verurteilt worden. Nach Auskunft der Bundesregierung werde jeder Verdacht auf Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund der Staatsanwaltschaft mitgeteilt und immer ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Zeitsoldaten drohe unter Umständen auch eine fristlose Entlassung. Da die Täterzahl „weniger als 0,2 Prozent“ der Gesamtstärke der Bundeswehr ausmache“ könne auch „von einer rechtsextremistischen Entwicklung bei den Streitkräften keine Rede sein“.

Bonn/Erfurt - Die Bonner Polizei hat eine geplante Aktion von Neonazis, die am Samstag, den 20. April anlässlich des 107. Geburtstag Adolf Hitlers zu einer bundesweiten Kundgebung am Rheinufer aufgerufen hatten, verhindert. Bei Fahrzeugkontrollen wurde Propagandamaterial der NSDAP/AO mit holländischer Aufschrift gefunden. In verschiedenen Orten Thüringen kam es in der Nacht zum 21. April im Zusammenhang mit Führers Geburtstag zu Ausschreitungen rechtsextremistischer Gruppen. Unter anderem in Nordhausen und Artern waren Rechtsextremisten „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“ grölend durch die Straßen gezogen. Mehrere Personen wurden vorläufig festgenommen.

In Erfurt wurde ein Ausländer in der Nacht zum 21. April von Jugendlichen brutal zusammengeschlagen. Die Täter sollen ausländerfeindliche Parolen gerufen haben.

Dresden/Prag - Der Generalsekretär der Förderung der Jüdischen Gemeinden in Tschechien, Thomas Kraus, hat die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert, Entschädigungszahlungen für die jüdischen Nazi-Opfer zu leisten. Kraus betonte auf einem Forum in Dresden, daß die tschechischen und slowakischen Juden die einzigen seien, die bisher keine Entschädigungen von Deutschland erhalten hätten.

Düren - Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN Postfachadresse: Düren) laden alle „nationalen Aktivisten“ zu ihrer diesjährigen Sommersonnenwende am 22. Juni ein. Für den „Kameradschaftsgesang“ sorgt der rechtsextreme Liederbarde Rene Heizer (nach eigenem Bekunden einst „JN-Liedermacher NRW“ und später kurzzeitiges Mitglied der „Republikaner“). Die „Feuerrede“, so das Nationale Infotelefon Rheinland, hält der ehemalige Vorsitzende der „Wiking-Jugend“ (WJ), Wolfgang Nahrath. Für das leibliche Wohl wird zu „sozialistischen Preisen“ gesorgt. Neben Zeltmög-

lichkeiten sind rund ca. 200 Übernachtungsplätze vorhanden.

Frankfurt - Im Deutschen Filmmuseum findet vom 15. bis 19. Mai eine Veranstaltungsreihe über „Historische Erfahrung, Erinnerungspolitik und Identifikation im ehemaligen Jugoslawien“ statt. Dabei wird unter anderem auch den Folgen der deutschen Okkupations- und Vernichtungspolitik dort während des Zweiten Weltkriegs nachgegangen. Veranstalter sind das Fritz Bauer Institut, das Hamburger Institut für Sozialforschung und die Zeitschrift „Perspektiven“. Informationen zur Veranstaltung: Fritz Bauer Institut, Tel. 069-975811-0, Fax 069-975811-90.

Henstedt-Ulzburg (bei Hamburg) - Eine per Postfach in 24551 Henstedt-Ulzburg erreichbare „Patriotische Jugend“ ruft in einem Flugblatt zur Solidarität aller rechten Fans des Hamburger Sportvereins (HSV) auf. Andersdenkende Fußballfans werden u.a. als „rote Dumpfbacken“ oder „Mob von Anarcho-Zecken“ diffamiert. Gehetzt wird auch mittels Aufklebermotiven wie „HSV-Fans gegen Links. Gemeinsam für Verein und Vaterland“ oder „St. Pauli-Zecken - Nein Danke!“

Hildesheim - Bereits in der vierten Ausgabe (1. Jahrgang) ist ein „völlig privater Mitteilungsrundbrief“ an Freunde und Kameraden der neonationalsozialistischen Szene unter der Bezeichnung „Der letzte Schrei“ (Postfachadresse im niedersächsischen Hildesheim) erschienen. Propagiert wird in der primitiv aufgemachten Schrift ein „Nationaler Sozialismus“. Geworben wird für einschlägige Organisationen wie „NS 88“ im dänischen Hillerød und neonazistische Mailboxen im Inland.

Köln/Düsseldorf - Nach Ansicht von NRW-Sozialminister Axel Horstmann (SPD) haben die Kürzungen der Bundesregierung im Sozialbereich die Kluft zwischen Arm und Reich bereits stark vergrößert. Diese fehlende soziale Balance sei vielfach die Ursache für die rechtsextreme Orientierung bei Jugendlichen erklärte der Minister bei dem Fachkongreß „Rassismus-Jugend-Rechtsextremismus“ in Köln am 22. April. „Die positive Wirkung der Jugendarbeit und ihrer zahlreichen Projekte kann so schon im Ansatz zunichte gemacht werden“, betonte Horstmann. Zahlreiche Jugendliche nähmen die soziale Realität in Deutschland mittlerweile als harten Konkurrenzkampf wahr, dem gerade die Jüngsten mit einer Art Ellbogenmentalität entgegenträten. Um rassi-

stischen Denkmustern entgegenzuwirken, entwickle das NRW-Arbeitsministerium deshalb derzeit ein Konzept gegen die Diskriminierung von Ausländern im Alltag, in Betrieben und Behörden. Die Förderung entsprechender Projekte solle noch in diesem Jahr beginnen, so der NRW-Minister.

Köln/München - Franz Schönhuber, der Ex-Vorsitzende der „Republikaner“ liest in „Europa vorn“ (Ausgabe Nr.101) seinem Nachfolger Rolf Schlierer wegen dessen Abgrenzungskurs nach rechts die Leviten. Schönhuber betont, daß er, um der Partei nicht zu schaden, vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz alle an ihn herangetragenen Interviewwünsche der Massenmedien abgelehnt habe. Unter seiner Führung habe die Partei vier Jahre zuvor in Baden-Württemberg auch einen prozentual höheren Wahlerfolg erzielt. Selbstkritisch merkt Schönhuber noch an, daß die rechten Parteien zwar Wähler hätten, „aber nur wenige Köpfe, die geistig in der Lage sind, den Wählerwillen politisch umzusetzen“.

München/Passau - Für den 28. September dieses Jahres kündigt die Frey-Gazette „Deutsche National-Zeitung“ wieder die alljährige „DVU-Großkundgebung“ in Passau an. Als Hauptredner ist der DVU-Vorsitzende Dr. Gerhard Frey vorgesehen.

Oranienburg - Rund dreieinhalb Jahre nach dem Brandanschlag von jugendlichen Rechtsextremisten vom September 1992 ist mit dem Wiederaufbau der „Jüdischen Baracken“ in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen jetzt begonnen worden. Bis zum Herbst 1977 soll in den ehemaligen Baracken ein Museum entstehen.

Schliersee (Obb.) - Der Traditionsverein des „Freikorps und Bund Oberland“ feiert am Sonntag, den 19. Mai den 75. Jahrestag der Erstürmung des Annabergs in Oberschlesien. Die von den Landsmannschaften Schlesien und Oberschlesien unterstützte Festveranstaltung findet im Kurzentrum der oberbayerischen Gemeinde Schliersee statt und dauert den ganzen Sonntag. Zum Gedenken an die 52 Gefallenen des Freikorps Oberland soll eine Kranzniederlegung nach einem Feldgottesdienst stattfinden.

Sofia (Bulgarien) - Sieben jugendliche Neonazis sind in Bulgarien wegen des Verdachts der Ermordung eines 28jährigen Roma festgenommen worden. Die Skinheads sollen am 20. April in dem Ort

Adresse:

Schumen ihr Opfer auf offener Straße überfallen und erstochen haben.

Stuttgart - Rolf Schlierer wurde von der 14köpfigen „Republikaner“-Fraktion im baden-württembergischen Landtag in seinem Amt als Fraktionsvorsitzender bestätigt. Als Stellvertreter stehen ihm Ulrich Deuschle, Christian Käs und Klaus Rapp zur Seite. Als Schatzmeister fungiert Michael Hebricht.

Velb (Niederlande) - Die holocaustleugnende Organisation „Consortium de Levensboom“ (Sitz: Velb, Niederlande) wirbt in der NS-apologetischen Zweimonatsschrift „Recht+Wahrheit“ für das neueste Buch („Die Niederländische Ostkompagnie A.G.“) ihrer Gründerin Florentine Rost van Tonningen. Die Nazi-Ikone Florentine war einst Ehefrau von Dr. Meinod Rost von Tonningen, niederländischer Reichsbank-Präsident während der NS-Besetzung und führender Funktionär der niederländischen Nazipartei (NSB), der seit dem Sommer 1994 als Sturmführer der Waffen-SS angehörte. Thies Christophersen, einst SS-Mann in Auschwitz, schreibt über Florentine, „die >große Dame< der niederländischen Rechten“ (so „Nation+Europa“), in der antisemitischen „Bauernschaft“: „Eine würdige Vollstreckerin seines Testaments ist seine Frau, die in seinem Sinn weiterwirkt.“ Frau Tonningen ist seit Jahren ein gern-gesehener Gast bei Tagungen des revisionistischen „Institut for Historical Review“ (USA) und beim alljährlichen Aufmarsch von Alt- und Neonazis im österreichischen Ulrichsberg.

Wien (Österreich) - Die 1963 gegründete österreichische „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP), formell eine politische Partei, deren „Schwergewicht auf ideologisch-kultureller Arbeit mit ausgesprochen rechtsextremer Tendenz liegt“ („Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ (>DÖW<), führt für die Leser/innen ihres Organs „Kommentare zum Zeitgeschehen“ (Untertitel: „Keine Lektüre für Bonzen und Parasiten!“) vom 1. bis 8. Juni eine Leserfahrt ins nordrhein-westfälische Detmold-Lippe durch.